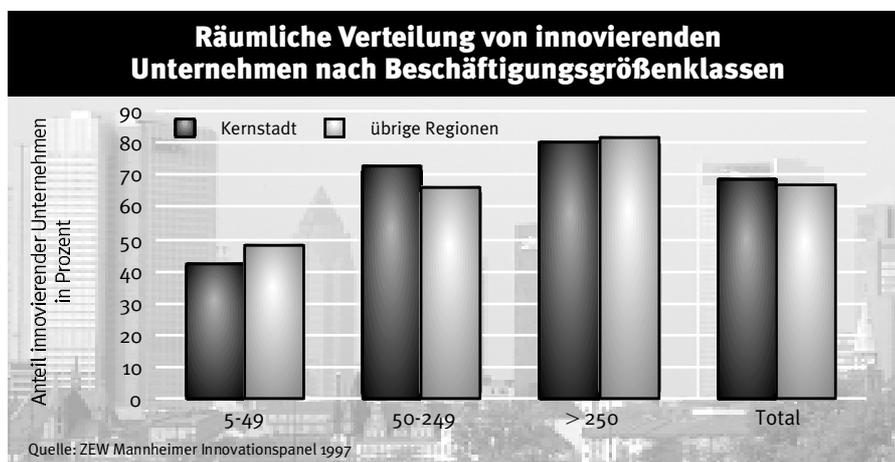


Sind Städte Zentren der Innovation?

Für innovative Branchen mit hohen Forschungsintensitäten sind Städte ein Magnet, auch wenn sie nicht als die Innovationszentren schlechthin gelten können. Hochqualifizierte Beschäftigte bevorzugen Städte als Arbeitsort, wohl auch weil dort ansässige Firmen dank hoher Arbeitsproduktivität bessere Löhne bieten.



■ Eine neue Studie des ZEW (s. Neuerscheinungen) geht der Frage nach, ob sich branchenübergreifend empirische Hinweise dafür finden lassen, daß Unternehmen in großen Städten generell andere Innovationsanstrengungen oder andere Innovationserfolge aufzuweisen haben als Firmen an Standorten außerhalb von Verdichtungsräumen.

Eine eindeutige Antwort auf die zentrale Fragestellung der Untersuchung hinsichtlich aller Indikatoren liefern die empirischen Befunde nicht. Für eine Reihe der hier untersuchten Indikatoren läßt sich kein oder nur ein unbedeutender Unterschied zwischen den Unternehmen in den Kernstädten und denen anderer Standorte identifizieren. Für andere Kenngrößen wiederum ist eine Differenz festzustellen, die in einigen Fällen statistische Signifikanz aufweist.

Keine oder nur geringe Unterschiede zwischen den Standorten „Kernstadt“ und „sonstige Regionen“ ergeben sich

beim Anteil von innovierenden/forschenden Unternehmen in den Klassen „kleine“ und „große“ Firmen beim Bestreben, neue oder verbesserte Produkte durch Innovationen zu entwickeln (s. Grafik). Auch bei der Einschätzung ausgewählter Innovationshemmnisse und bei Ergebnisindikatoren wie den „Umsatzanteilen mit neuen oder verbesserten Produkten“ und der „Exportquote“ finden sich kaum Unterschiede.

In bezug auf das Innovationsziel „Lohnkosten senken“ besteht allerdings ein signifikanter Unterschied zwischen städtischen und sonstigen Firmen. Der Anteil der Unternehmen, die dieses Ziel für wichtig oder sehr wichtig halten, ist in den nicht-städtischen Standorten deutlich höher, obwohl die durchschnittlichen Arbeitskosten in diesen Regionen beachtlich unter denen der Städte liegen. Korrespondierend dazu ist die Arbeitsproduktivität in den Unternehmen der Kernstädte entsprechend höher. Die

Branchenverteilung, aber auch die Verteilung der forschenden/innovativen Firmen weisen darauf hin, daß die Produktionsschwerpunkte eher außerhalb der Städte liegen. Insbesondere für mittlere Unternehmen scheint die Lohnkostenhöhe ein so gravierendes Problem zu sein, daß ihre Senkung ein wesentliches Innovationsziel darstellt. Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Anteile hochqualifizierter Mitarbeiter an der Belegschaft. Ingenieure, Wissenschaftler und qualifizierte Techniker sind in ihrer Arbeitsplatzwahl offensichtlich sehr „stadtorientiert“.

Zwischen den Unternehmen innerhalb und außerhalb der Kernstädte ist eine gewisse „Arbeitsteilung“ festzustellen. Sehr vereinfacht formuliert liegen die Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte innerhalb der Verdichtungsräume, die Produktions- und Fertigungsschwerpunkte außerhalb der Stadtregionen.

Jürgen Egel/Dr. Alfred Spielkamp, 0621/4235-174

In dieser Ausgabe

Sind Städte Zentren der Innovation? ...	1
Indien: Gast für Klimaschutzprojekte ...	2
Weiterbildung von Selbständigen und Arbeitnehmern	3
Steuerlicher Anreiz für Wagniskapital? ..	4
Unternehmensnahe Dienstleister	5
ZEW-Seminare	6
Wissenschaft für die Praxis	7
Termine	7
Neuerscheinungen	6, 8
Daten und Fakten	9
Standpunkt	10

Indien: Gast für Klimaschutzprojekte

Regierungen von Entwicklungsländern betrachten den Umweltschutz kaum als eine ihrer vordringlichen Aufgaben. Für Industrieländer hingegen wird Klimaschutz innerhalb der eigenen Grenzen immer kostenintensiver. Seit der dritten Klimakonferenz in Kyoto bietet sich mit dem sogenannten Clean Development Mechanism (CDM) eine für beide Seiten attraktive Möglichkeit zur globalen Reduktion von Treibhausgasen.

■ Der CDM erlaubt es den Industrieländern, die sich in einem Klimaprotokoll auf konkrete Reduktionsraten für Klimaschutz festlegen, Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern durchzuführen. Die erreichten Klimagasreduktionen werden dem durchführenden Industrieland als Reduktion angerechnet.

Das ZEW hat untersucht, welche Klimaschutzmaßnahmen von Industrieländern in Indien durchgeführt werden könnten. Analysiert wurden folgende Fragen:

- ▶ Wie hoch ist das Reduktionspotential für Treibhausgase?
- ▶ Wie hoch sind die Vermeidungskosten für Klimagas?
- ▶ Wie gut lassen sich die erreichten Klimagasreduktionen bestimmen?
- ▶ Wie sind die Nebeneffekte eines Projekttyps zu bewerten?
- ▶ Bestehen institutionelle Barrieren für die Projektdurchführung in Indien?

Regen!) vermieden. Darüber hinaus tragen diese Projekte dazu bei, die Energieversorgung der indischen Wirtschaft zu sichern. Denn das Energieangebot kann kaum mit dem wirtschaftlichen Wachstum des Landes Schritt halten, so daß es immer öfter zu kostspieligen Zusammenbrüchen der Stromversorgung kommt. Daher erweist sich die Modernisierung bestehender Kraftwerke als geeigneter CDM-Projekttyp. Der indische Wärmekraftwerksektor emittiert jährlich 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Die Mehrzahl der indischen Kraftwerke arbeitet aufgrund veralteter Technologie und mangelhafter Wartung mit Wirkungsgraden von teilweise unter 15 Prozent. Durch eine Anpassung an moderne Technologiestandards könnten zwölf Prozent der Emissionen des Sektors vermieden werden. Bei der Modernisierung von Kraftwerken ist die Verifizierung von Klimagasreduktionen einfach, da im Gegen-

sondere in der indischen Ziegelindustrie, wo durch die Modernisierung von Brennöfen der Ausstoß von Klimagasen beträchtlich reduziert werden könnte. Auch hier würden Unternehmen aus Industrieländern mit der Realisierung entsprechender Projekte eher offene Türen einrennen als auf institutionelle Barrieren treffen. Alle anderen in der Tabelle aufgeführten Projekttypen stoßen bei der Umsetzung auf Schwierigkeiten.

Profite auf beiden Seiten

Bei der Energieeinsparung in Haushalten und im Verkehr ist die Bestimmung der tatsächlichen Klimagasreduktionen schwierig. Die Substitution von Kohle durch klimafreundlicheres Erdgas ist in Indien technisch möglich, aber politisch unerwünscht, da Indien über große und günstig zu erschließende Kohlevorkommen verfügt. Die regenerativen Energien sind oft zu teuer, wie beispielsweise die Photovoltaik. Teilweise sind aber regenerative Energien auch ohne CDM-Anschub wirtschaftlich (Biomasse, Windenergie), so daß durch CDM funktionierende Märkte außer Kraft gesetzt würden. Darüber hinaus ist die Bestimmung der Klimagasreduktion in solchen Projekten oft schwierig, denn es ist mitunter nicht klar, welche Energieträger durch erneuerbare verdrängt werden.

Fazit: Zumindest zwei Projekttypen sind dafür geeignet, über den Clean Development-Mechanismus von Industrieländern aus in Indien initiiert zu werden. Diese Projekte würden zusätzliche Entwicklungsimpulse für Indien mit sich bringen. In Deutschland könnten vor allem Energieversorgungsunternehmen, Kraftwerks- und Anlagenbauer sowie Unternehmen der Ziegelindustrie Interesse an gemeinsamen Klimaschutzprojekten mit indischen Partnern haben. ◀

Wolfgang Bräuer/Oliver Kopp, 0621/1235-204

Treibhausgas - Reduktionsmaßnahmen: Eignung für CDM

Maßnahme	Reduktionspotential	Vermeidungskosten	Reduktionsbestimmung	Nebeneffekte	Institutionelle Hemmnisse	Eignung für CDM
Modernisierung von Kraftwerken	groß	gering-mittel	einfach	positiv	niedrig	gut
Neubau von Kraftwerken	groß	mittel	schwierig	positiv	niedrig	schlecht
Einsparung: - Ziegelindustrie - Haushalte - Verkehr	groß mittel groß	mittel gering mittel	einfach mittel schwierig	positiv positiv positiv	niedrig mittel mittel	gut mittel mittel
Energieträgersubstitution	groß	gering	einfach	positiv	hoch	mittel
Photovoltaik	mittel	hoch	mittel	positiv	niedrig	mittel
Windenergie	mittel	keine	schwierig	positiv	mittel	schlecht
Wasserkraft <3MW / >3MW	mittel/ groß	hoch/ gering	schwierig	positiv/ negativ	hoch	bedingt
Biomasse	mittel	gering	mittel	positiv	mittel	mittel
Futtersubstitution	mittel-	gering	schwierig	neutral	niedrig	schlecht

Als positive Nebeneffekte für die indische Seite, insbesondere von CDM-Projekten im Energiebereich, werden neben Klimagasen auch regional wirkende Stickoxide und Schwefeldioxid (saurer

satz zum Kraftwerkneubau ein direkter Vergleich des Energieverbrauchs vor und nach der Modernisierung möglich ist.

Positiv bewertet wird auch die Modernisierung von Industrieprozessen, insbe-

Weiterbildung von Selbständigen und Arbeitnehmern unterschiedlich

Qualifiziertes Personal gilt als Voraussetzung für Wachstum, Innovativität und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Zwar liegt der Schwerpunkt von schulischer und beruflicher Qualifikation immer noch vor Beginn des Erwerbslebens. Zunehmend findet aber eine Verlagerung des Wissenserwerbs ins Arbeitsleben statt.

■ Ein Vergleich des Weiterbildungsverhaltens von Selbständigen und Arbeitnehmern ist vor allem unter dem Gesichtspunkt der Effizienz interessant. ZEW-Studien zeigen, daß sich Selbständige weniger weiterbilden als Arbeitnehmer, aber ihre Weiterbildungsaktivitäten gleichmäßiger über das Erwerbsleben verteilen. Arbeitnehmer haben mit 15,7 Prozent eine um 3,9 Prozentpunkte höhere Weiterbildungsquote als Selbständige. Bilden sich Arbeitnehmer somit zu häufig, also ineffizient weiter?

Eine neue ZEW-Studie über die Bestimmungsgründe der Weiterbildung erwerbstätiger Personen in Lehrberufen bestätigt bisher gefundene Ergebnisse. Höhere schulische und berufliche Qualifikation führt sowohl bei abhängig wie auch bei selbständig Erwerbstätigen zu mehr Weiterbildungsaktivitäten. Meister und Techniker bilden sich bei Arbeitnehmern um 25 Prozent und bei Selbständigen zwischen 17 und 42 Prozent häufiger weiter als Lehraabsolventen. Erwerbspersonen in Dienstleistungsberufen haben die höchsten Weiterbildungsquoten. Die Wahrscheinlichkeit der Weiterbildung ist vor allem in Verkehrsberufen und bei Arbeitnehmern auch in Gesundheitsberufen am höchsten. Frauen partizipieren bei abhängig Beschäftigten um sieben Prozent und bei selbständig Beschäftigten um zehn Prozent weniger an Weiterbildung als Männer. Schließlich bilden sich Berufswechsler unter den Arbeitnehmern um sieben Prozent und Selbständige, die einen ihrer Lehre adäquaten Beruf ausüben, um elf Prozent häufiger weiter.

Im Weiterbildungsverhalten von Selbständigen und Arbeitnehmern gibt es jedoch auch deutliche Unterschiede. In den ersten acht Jahren der Erwerbstätigkeit eines Arbeitnehmers nimmt die Wahrscheinlichkeit der Weiterbildung

zu, um dann mit zunehmender Berufserfahrung zu sinken. Investitionen in Weiterbildung verzinsen sich gegen Ende des Erwerbslebens aufgrund des immer kürzer werdenden Zeithorizonts bis zum Ausscheiden aus dem Berufsleben nicht mehr ausreichend und werden deshalb unrentabel. Dies gilt sowohl für die Investi-

tionsentscheidung des Unternehmens als auch für die des Arbeitnehmers. Diesem Effekt steht entgegen, daß mit zunehmender Dauer der Betriebszugehörigkeit die Wahrscheinlichkeit der Weiterbildung pro Jahr um fünf Prozent zunimmt. Unternehmen sind eher bereit, einem Arbeitnehmer eine Weiterbildung zu gewähren, je geringer die Wahrscheinlichkeit ist, daß dieses Wissen bei Kündigung einem anderen Unternehmen zugute kommt. Hinter diesem Effekt könnte sich eine Art Screening-Prozeß verbergen, vorzugsweise bewährte Mitarbeiter weiterzubilden.

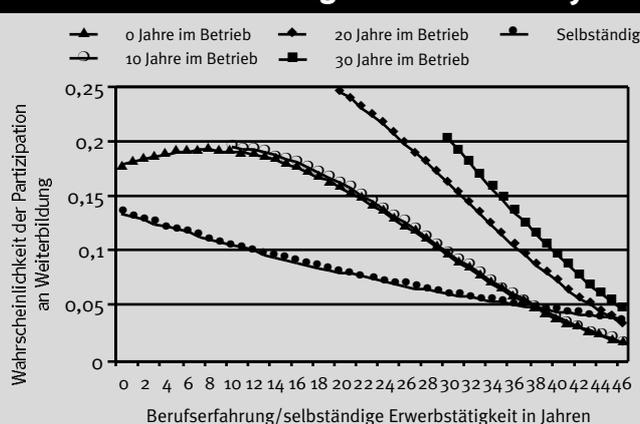
Bei Selbständigen spielt die Berufserfahrung keine Rolle für das Weiterbildungsverhalten. Die Wahrscheinlichkeit der Weiterbildung ist über das gesamte Erwerbsleben gleich groß. Allerdings ist die Verweildauer im Status der selbständigen Erwerbstätigkeit eine wichtige Determinante des Weiterbildungsverhaltens. Selbständige bilden sich zu Beginn ihrer Selbständigkeit am häufigsten fort. Mit zunehmender Dauer sinken die Weiterbildungsaktivitäten um fünf Prozent pro Jahr. Selbständige können über Art und Zeitpunkt ihrer Weiterbildungsakti-

vitäten selbst entscheiden. Sie wählen den Zeitpunkt, der die größtmögliche Verzinsung der Weiterbildungsinvestitionen verspricht. Dieser liegt zu Anfang ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit.

Die Analyse zeigt, daß sich die Bestimmungsgründe der Partizipation an Weiterbildung deutlich unterscheiden. Die Weiterbildungsaktivitäten von Arbeitnehmern und Selbständigen und deren Effizienz sind nicht einfach miteinander vergleichbar, denn Selbständige bilden sich zwar weniger weiter als Arbeitnehmer, aber sie verlagern auch ihre Weiterbildungsaktivitäten auf einen anderen Zeitpunkt im Erwerbsleben. So bilden sich häufig Angestellte beispielsweise zum Meister weiter, um sich in Anschluß an ihre abhängige Beschäftigung selbständig zu machen. Ist dieses Ziel erreicht, tritt die eigene Weiterbildung in den Hintergrund. Vielmehr geben Selbständige nun ihren Angestellten die Möglichkeit zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. So können sie bei geringeren eigenen Investitionen in Humankapital das Humankapital der Unternehmung auf hohem Niveau halten. ◀

Frank Reize, 0621/1235-159

Berufliche Weiterbildung über den Lebenszyklus



Quelle: Probitschätzung mit den BIBB/IAB-Daten (Bundesinstitut für Berufsbildung / Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) 1991/92

Steuerlicher Anreiz für Wagniskapital?

Der im Mai vom Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Wagniskapital läßt sich sowohl aus steuersystematischen Gründen als auch aus einnahmepolitischer Sicht hinterfragen. Eine zielgerichtete Förderpolitik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist zwar wünschenswert. Sie an eine einkommensteuerliche Förderung von Investoren anzuknüpfen, wirft jedoch Bedenken auf.

■ Den technologieorientierten KMU in Deutschland mangelt es häufig an Eigenkapital für Investitionen und Innovationen. Ein Gesetzentwurf des Bundesrats sieht vor, daß Steuerpflichtige durch eine Beteiligung an Wagniskapitalgesellschaften eine Anrechnung auf ihre Steuerschuld in Höhe von 30 Prozent ihrer Beteiligung erhalten. Der maximale Betrag liegt innerhalb einer Frist von acht Jahren bei 60.000 Mark. Durch diese steuerliche Maßnahme soll einerseits „der Rückständigkeit des deutschen Marktes für Risikokapital“ entgegen gewirkt und andererseits der „auf Sicherheit ausgerichteten Mentalität der Kapitalanleger“ begegnet werden. Zur Finanzierung wird vorgeschlagen, den Abzug von Verlusten aus ausländischen Betriebsstätten einzuschränken.

Wirkung der Fördermaßnahmen

Während es das erklärte Ziel der Fördermaßnahme ist, die Eigenkapitalausstattung junger technologieorientierter KMU zu verbessern, begünstigt das derzeitige Steuerrecht die Finanzierung von Investitionen mit Fremdkapital. Dies wird durch die steuerliche Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalzinsen verursacht, während Dividenden aus versteuerten Gewinnen zu leisten sind. Auch werden im Rahmen der Gewerbesteuer Fremdkapitalzinsen lediglich zur Hälfte der Bemessungsgrundlage hinzugerechnet, während bei Eigenkapitalfinanzierung die Dividenden vollständig der Besteuerung unterliegen. Eine Abschaffung bzw. Umgestaltung der Gewerbesteuer sowie eine zinskorrigierte Einkommensteuer würden die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital aufheben.

Eine weitere Benachteiligung von Investitionen in technologieorientierten Neugründungen stellt die derzeitige Verlustverrechnung dar. Die bei der Grün-

dung häufig entstehenden Anfangsverluste wirken sich steuerlich erst im Falle von Gewinnen aus. Bis zu diesem Zeitpunkt erhöht sich lediglich der Verlustvortrag. Die hieraus resultierenden Zins- und Liquiditätswirkungen können die Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen. Ein sofortiger Verlustausgleich könnte diesen Effekt beseitigen.

Es stellt sich die Frage, ob nicht besser das Steuersystem grundlegend so zu gestalten ist, daß unternehmerische Entscheidungen durch die Besteuerung nicht verzerrt werden, anstatt die Symptome des derzeitigen verzerrenden Systems mit Fördermaßnahmen und Ausnahmeregelungen abzumildern. Vor einer steuerlichen Förderung von Risikokapital wären folglich diejenigen Steuerrechtsetzungen, die die Risikobereitschaft vermindern, zu beseitigen.

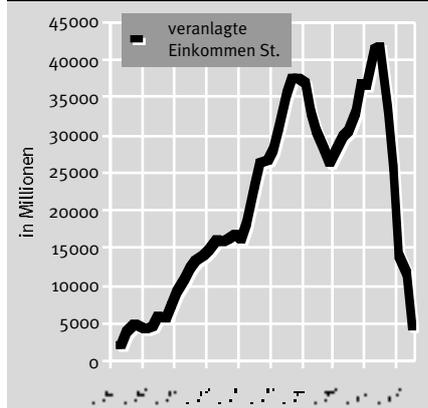
Grundsätzlich abzulehnen ist die in dem Entwurf vorgesehene Gegenfinanzierung durch eine Einschränkung der Verrechnung von Verlusten aus ausländischen Betriebsstätten. Die steuerliche Behandlung darf nicht davon abhängig sein, ob der Steuerpflichtige seine Aktivitäten im In- oder Ausland entfaltet. Aufgrund der zunehmenden Globalisierung sind Unternehmen heute gezwungen, auch auf ausländischen Märkten präsent zu sein. Durch die vorgeschlagene Maßnahme verliert der Standort Deutschland für international tätige Unternehmen steuerlich an Attraktivität.

Einkommensteuerentwicklung

Neben der steuersystematischen Problematik einer derartigen Förderpolitik ist auch die daraus zu erwartende Entwicklung für die veranlagte Einkommensteuer bedenklich. Zwar haben die Einnahmen, gemessen am Gesamtsteueraufkommen, eine untergeordnete Rolle – das Aufkommen aus der Einkommen-

steuer erreichte 1997 gerade einmal das Niveau von 1955 (vgl. Grafik). Sinkende Steuereinnahmen stehen jedoch mit Brisanz in der politischen Diskussion. Insbesondere seit 1993 läßt sich eine deutliche Abwärtsentwicklung der Einnahmen verzeichnen. Diese sind jedoch weniger Ausdruck einer sinkenden Steuermoral bzw. einer zunehmenden Steuerflucht, sondern vielmehr Ergebnis einer steuerlich geförderten Aufbaupolitik für Ostdeutschland.

Kassenmäßige Steuereinnahmen*



* nach Angaben des Bundesministeriums für Finanzen von 1950 bis 1996 (in Millionen).

Einige der steuerlichen Sonderregelungen wurden mit dem Jahressteuergesetz 1998 abgeschafft. Aus steuerstatistischen Gründen ist jedoch davon auszugehen, daß noch mindestens zwei Jahre negative Auswirkungen auf die Einnahmensituation zu erwarten sind. Mit der vorgeschlagenen Verrechnung bei der Einkommensteuer würde sich nicht nur die Aufkommenssituation weiter verschlechtern. Zudem würden wieder legale Möglichkeiten geschaffen, die Steuerschuld einkommensteuerpflichtiger Personen zu reduzieren. Dies dürfte angesichts des viel diskutierten Themas Steuergerechtigkeit in der Öffentlichkeit durchaus umstritten sein. ◀

Fred Ramb/Alexander Wünsche, 0621/1235-166

Unternehmensnahe Dienstleister: EURO-Vorbereitungen in den Anfängen

Der konjunkturelle Aufschwung bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich auch im zweiten Quartal 1998 fortgesetzt. Erträge, Nachfrage und Beschäftigung verbesserten sich gegenüber dem Vor- wie auch dem Vorjahresquartal. Deutliche Mängel gibt es bei der Vorbereitung auf den EURO. Kurz vor Beginn der Währungsunion haben die wenigsten Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig konkrete Vorbereitungen getroffen.

■ Bei den unternehmensnahen Dienstleistern hält die stetige Aufwärtsentwicklung seit Mitte 1996 an, wenn auch in leicht abgeschwächter Form gegenüber dem Vorquartal. Die Einschätzung der Ertragslage hat sogar ihren bisherigen Höchststand vom zweiten Quartal 1995 erreicht. Die gute Ertragsentwicklung zieht positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nach sich. Im vierten Quartal in Folge haben mehr Unternehmen Personal eingestellt als entlassen.

Absolute Boombranchen bleiben die Unternehmensberater und EDV-Dienstleister, die erheblich von der EURO- und Jahrtausendumstellung profitieren. Auf Wachstumskurs befindet sich derzeit auch die Werbebranche. Sorgenkinder bleiben hingegen, vor allem unter den unternehmensnahen Dienstleistern in den neuen Bundesländern, die Architekten und technische Planer sowie die Abfall- und Abwasserentsorger.

Zögerliche EURO-Vorbereitung

Nachdem Umfragen gezeigt haben, daß deutsche Unternehmen auf den EURO bislang mangelhaft vorbereitet sind, können sich EDV-Dienstleister und Unternehmensberater über einen anhaltenden Boom freuen. Nach Analysen des Deutschen Industrie- und Handelstages hatten 43 Prozent der Unternehmen Anfang des Jahres keinerlei Vorbereitungen für den EURO getroffen. Unternehmensnahe Dienstleister sind zwar besser vorbereitet als der Durchschnitt der deutschen Wirtschaft: Lediglich rund 18 Prozent der Firmen haben noch nicht mit den Vorbereitungen begonnen. Knapp fünf Monate vor Beginn der Währungsunion hat allerdings auch erst ein Zehntel der unternehmensnahen Dienst-

leister erste Umstellungsmaßnahmen durchgeführt. 40 Prozent sind noch nicht über Vorüberlegungen hinausgekommen. Ein Viertel der Unternehmen hat feste Vorstellungen über den Anpassungsbedarf, acht Prozent haben Projektgruppen eingesetzt. Die insgesamt geringe Vorbereitung überrascht, da fast 90 Prozent der unternehmensnahen Dienstleister Anpassungsbedarf in den Geschäftsabläufen sehen. Immerhin hat sich die Teilnahme an Vorbereitungsseminaren mit mehr als 70 Prozent der Firmen gegenüber dem Sommer 1997 fast verdreifacht. Fortschritte gibt es bei den technischen Vorbereitungen auf die Währungsumstellung. Mit 30 Prozent haben fast doppelt so viele Firmen wie im Vorjahr technische Maßnahmen für die Währungsumstellung zumindest vorbereitet.

Kosten und Nutzen

Viele Unternehmen zögern die Umstellung aus Kostengründen hinaus. Anpassungskosten von weniger als einem halben Prozent des Jahresumsatzes erwarten 40 Prozent. Ein Viertel rechnet mit Kosten von einem halben bis einem Prozent, und von Anpassungskosten von mehr als einem Prozent gehen 15 Prozent der Firmen aus. Der durchschnittliche Jahresumsatz lag 1997 bei etwa vier Millionen Mark.

Kosten der Währungsumstellung*

	unt. DL insgesamt
<0,5%	39,88
0,5-1%	23,07
1-3%	11,49
>3%	2,93
keine Einschätzung	22,63

* in Prozent des Jahresumsatzes
Die Einzelangaben werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Quelle: ZEW/CREDITREFORM

Die Konjunkturumfrage von ZEW und CREDITREFORM wird seit dem zweiten Quartal 1994 vierteljährlich durchgeführt. Befragt wird ein repräsentativ ausgewählter Querschnitt von 4200 Unternehmen. Die Stichprobe wird regelmäßig um Unternehmensneugründungen aufgefrischt.

Die Ergebnisse der Umfrage werden im ZEW-Branchenreport Dienstleistungen veröffentlicht, der auf Anfrage kostenlos erhältlich ist. Darüber hinaus kann der Branchenreport mit zusätzlichen Informationen im Internet über die Adresse <http://www.zew.de> (unter „ZEW aktuell“) mit einem Passwort abgerufen werden. Dieses Passwort kann Interessenten auf Anfrage hin zugänglich gemacht werden.

Die meisten unternehmensnahen Dienstleister stehen der neuen Währung positiv gegenüber. Kurzfristig werden wenig erhebliche Effekte gesehen. Nur rund ein Fünftel erwartet positive Auswirkungen für die nächsten drei Jahre, sechs Prozent rechnen mit negativen Auswirkungen. In der Zehn-Jahres-Frist rechnen hingegen bereits 30 Prozent mit positiven Folgen. Vorteile sehen vor allem EDV-Dienstleister, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Maschinenvermieter sowie Speditions- und Logistikunternehmen, also Branchen, die auf den EURO gut vorbereitet sind. Skeptisch sind Architekten und technische Planer sowie die Abfallwirtschaft. Dies gilt allgemein auch für die unternehmensnahen Dienstleister aus den Neuen Bundesländern, die ausländische Konkurrenz fürchten und gleichzeitig wenig Chancen sehen, in neue ausländische Märkte eintreten zu können.

Ulrich Kaiser, 0621/1235-134

Lineare Modelle mit ordinalen Regressoren

■ Daten aus Individualerhebungen weisen meist eine Ordinalskalierung auf. Die Mikroökonomie hat für diese Art von Skalierung abhängiger Variablen verschiedene Methoden entwickelt.

Martin Kukuk von der Eberhard-Karls Universität Tübingen referierte in einem ZEW-Seminar über eine neue Schätztechnik für Lineare Modelle mit ordinalen Regressoren.

In einem ersten Schritt stellte er dar, unter welchen Bedingungen das in der Praxis oft verwendete lineare Regressionsmodell (OLS) zu verzerrten Parameterschätzungen führt, wenn einige der Einflußgrößen ordinale Variablen sind. Dabei werden die ordinalen Variablen jeweils als ungenaue Messung für eine unterliegende stetige Variable interpretiert. Dieses Verfahren hat in der Mikroökonomie bereits eine lange Tradition.

In einem zweiten Schritt zog der Referent die Indirekte Schätzmethode von Gourieroux et al. (1993) heran. Diese wurde für die vorliegende Datensituation modifiziert, mit dem Ziel, die Modellparameter konsistent zu schätzen. Diese Vorgehensweise wurde zunächst anhand einer Simulationsstudie demonstriert und daran anschließend an zwei Datensätzen experimentiert: Einflußgrößen, die in den Datensätzen als metrische Variablen vorliegen, wurden kategorialisiert, um das Verhalten der Methode studieren zu können. Kukuk zeigte, daß die Indirekte Methode auch in diesem Fall zu sehr befriedigenden Ergebnissen führte.

In einem dritten Schritt zeigte er die Erweiterungsmöglichkeiten auf verallgemeinerte lineare Modelle, etwa dem binären und ordinalen Probit-Modell, auf. Dabei wurde deutlich, daß diese Schätzmethode, die bisher hauptsäch-



Dr. Martin Kukuk.

lich für die empirische Kapitalmarktanalyse genutzt wurde, für die Analyse von Individualdaten eine weitere Möglichkeit bietet, mit dem begrenzten Informationsgehalt einiger beobachteter Variablen umzugehen. ◀

Probleme der Inflationsmessung in Deutschland

■ In dem ZEW-Seminar „Probleme der Inflationsmessung in Deutschland“ stellte Dr. Johannes Hoffmann die Ergebnisse seiner Studie über die Genauigkeit der Inflationsmessung in Deutschland vor. Dies untersuchte Hoffmann, in der Konjunkturabteilung der Deutschen Bundesbank in Frankfurt tätig, am Beispiel des Preisindex für die Lebenshaltung theoretisch und empirisch.

In vergleichbaren Untersuchungen, sind vier wichtige Fehlerquellen isoliert worden: Fehler wegen der Verwendung einer „falschen“ Indexformel (Product Substitution Bias), Fehler bei der Qualitätsbereinigung von Preisänderungen

(Quality Change Bias), Fehler wegen der verspäteten Berücksichtigung neuer Produkte (New Product Bias) und Fehler wegen der unzureichenden Berücksichtigung von Strukturänderungen im Handel (Outlet Substitution Bias).

Nach einem Überblick über die Probleme der Inflationsmessung folgte eine Abschätzung des Substitution Bias anhand verschiedener experimenteller Preisindizes. Hoffmann widmete sich dann in einer theoretischen Analyse den Anweisungen des Statistischen Bundesamtes zur Korrektur von Preisunterschieden für Qualitätsänderungen. Danach sollte der systematische Fehler bei Qua-

litätsänderungen in der Nähe der produktspezifischen Teuerung klein sein. Liegen die Preisänderungen weiter von der Qualitätsänderung entfernt, wird der Fehler größer und – bei Qualitätsverbesserungen – positiv sein. Dieses Bild bestätigt sich bei empirischen Fallstudien mit hedonischen Preisindizes.

Schließlich wurde der Qualitätsbias anhand einiger stilisierter Fakten hochgerechnet. Im Einklang mit Studien für andere Länder stellt sich auch für Deutschland heraus, daß wegen solcher Meßfehler der amtlich ausgewiesene Anstieg der Verbraucherpreise die tatsächliche Inflationsrate überschätzt. ◀

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Bräuer, Wolfgang: *Electoral Competition under Media Influence*, Nr. 98-19.

Bühler, Wolfgang; Korn, Olaf: *Hedging langfristiger Lieferverpflichtungen mit kurzfristigen Futures: Möglich oder Unmöglich?*, Nr. 98-20.

Harhoff, Dietmar; Körting, Timm: *Len-*

ding Relationships in Germany – Empirical Evidence from Survey Data, Nr. 98-21.

Steiner, Viktor; Mohr, Robert: *Industrial Change, Stability of Relative Earnings, and Substitution of Unskilled Labor in West-Germany*, Nr. 98-22.

■ Dokumentationen

Osório-Peters, Suhita: *Die Reform der*

EU-Marktordnung für Bananen – Lösungsansätze eines fairen Handels unter Berücksichtigung der Interessen von Kleinproduzenten, Nr. 98-07.

Geßner, Christian; Weinreich, Sigurd: *Externe Kosten des Straßen- und Schienenverkehrs am Beispiel der Strecke Frankfurt – Basel*, Nr. 98-08.

Wissenschaft für die Praxis

ZEW-Seminar: Angewandte Wirtschaftsforschung - Grundlagen und Praxis

■ Wer sich mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen befaßt, ist in zunehmendem Maße gezwungen, sich mit Ergebnissen angewandter Wirtschaftsforschung auseinanderzusetzen. Öffentliche und private Forschungseinrichtungen produzieren immer mehr empirische Studien, die wiederum die Basis für zahlreiche Berichterstattungen in den Medien bilden. Um die Vielzahl der verfügbaren Informationen effizient nutzen und die Qualität der Masse an Studien beurteilen zu können, bedarf es jedoch grundlegender Kenntnisse moderner Verfahren der empirischen Wirtschaftsforschung, insbesondere der Ökonometrie. Aus diesem Grunde veranstaltete das ZEW am 18. und 19. Juni ein Seminar, in dem Teilnehmern aus volks-

wirtschaftlichen Abteilungen von Banken, Versicherungen und Industrie sowie aus Stiftungen und Ministerien die grundlegenden Verfahren der modernen Wirtschaftsforschung nahegebracht wurden. Das Konzept dieses neuen Seminars im Angebot des ZEW wurde von Dr. Norbert Janz, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik, in Kooperation mit Dr. Peter Winker von der Universität Mannheim entwickelt.

Der erste Tag hatte die Grundlagen und Grundbegriffe der angewandten Wirtschaftsforschung (Wirtschaftsdaten, volkswirtschaftliche Kenngrößen und ökonometrische Verfahren) zum Inhalt, die am zweiten Tag anhand ausgewählter Anwendungsgebiete (Arbeitsmarkt,

Finanzmärkte, Dienstleistungen und Konjunktur) vertieft wurden. Neben den Seminarleitern und den ZEW-internen Referenten Dr. Michael Schröder und Dr. Viktor Steiner konnte Professor Dr. Horst Entorf von der Universität Würzburg als ausgewiesener Wissenschaftler auf dem Gebiet der angewandten Wirtschaftsforschung gewonnen werden.

Aufgrund der Fortschritte in der Datenverarbeitung und Erleichterungen im Zugang zu Datenbanken wird die Bedeutung methodischer Kenntnisse in der angewandten Wirtschaftsforschung auch weiterhin deutlich zunehmen. Dieses Seminar soll daher auch zukünftig seinen festen Platz im Angebot des ZEW erhalten. ◀

Termine

■ Euro-Workshops für Unternehmen:

Aufgrund der großen Nachfrage setzt das ZEW die gemeinsam mit dem Euro Info Centre bei der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar im Frühjahr 1998 begonnene Euro-Workshop-Serie fort.

Die Seminare bieten Unternehmen gezielte Unterstützung bei der Umstellung auf den Euro.

In sechs Workshops werden die wichtigsten Fragen der betroffenen Unternehmensbereiche aufgegriffen. Darunter finden sich folgende Fragestellungen:

- Welcher Anpassungsbedarf besteht in der EDV?
- Wie sieht die optimale Euro-Strategie für das Unternehmen aus?
- Welche Auswirkungen ergeben sich für das Finanz- und Cash Management?
- Was muß bei der Umstellung des Rechnungswesens beachtet werden?

Geplante Termine:

Auswirkungen auf die Rechnungslegung, 23.09.98, Ort: ZEW

Herausforderungen im EDV-Bereich, 15.10.98, Ort: IHK

Anforderungen an Marketing und Vertrieb, 21.10.98, Ort: ZEW

Die Euro-Strategie im Unternehmen, 19.11.98, Ort: IHK

Auswirkungen auf Finanz- und Cashmanagement, 01.12.98, Ort: ZEW

Auswirkungen auf Vertragswesen und Steuern, 08.12.98, Ort: IHK

■ Weitere Weiterbildungsveranstaltungen:

Expertenseminare:

Mitarbeitermotivation, 9.-10. September, ZEW-Gebäude in Mannheim, L7,1

Wissensmanagement, 14.-15. September, ZEW-Gebäude in Mannheim, L7,1

Führung und Veränderung, 21. September 1998, ZEW-Gebäude in Mannheim, L7,1

Qualitätsmanagement in Dienstleistungsunternehmen – Qualitätscontrolling für Dienstleistungen, 20. Oktober 1998, ZEW-Gebäude in Mannheim, L7,1

■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de>.

Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das ZEW-Seminarprogramm für 1998 zu.

Anne Grubb, Telefon 0621/1235-241, Fax 0621/1235-224, E-mail grubb@zew.de

Neuerscheinungen

Jürgen Egel/Helmut Seitz (Hrsg.)

Städte vor neuen Herausforderungen

Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1998
(ZEW-Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 28)

Für die Städte in Europa zeichnen sich zwei gegenläufige Tendenzen ab. Bestimmte Städte werden weiter wachsen, andere werden Einwohner, Arbeitsplätze und Steuerkraft verlieren. Die Autoren untersuchen, wie sich der strukturelle Wandel, die Globalisierung und die Entwicklung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien auf die Städte auswirken.

Eine Folge ist der verschärfte Standortwettbewerb. Ansatzpunkte, von denen aus Städte ihre Position verbessern können, sind z. B. die Einbindung in transeuropäische Verkehrsnetze oder die Förderung innovativer Unternehmen. Umstritten ist, ob die modernen Kommunikationstechnologien und das Internet die Stadt nicht weitgehend obsolet machen wird. In einer besonderen Situation befinden sich die ostdeutschen Städte. Der Band enthält Vorschläge, wie sie sich dem Leitbild einer „lebendigen Innenstadt“ annähern können.

Die Autoren der Beiträge sind ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Industrieökonomie, der Regionalökonomie oder der Ökonomischen Geographie aus dem In- und Ausland.

Alfred Spielkamp et al.

Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland

Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1998
(ZEW-Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 29)

Die wirtschaftlichen Perspektiven für die neuen Bundesländer hängen eng mit den Innovationsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen zusammen. Diese gelten gegenwärtig allgemein als zu gering und werden mit der relativ niedrigen Forschungsintensität der ostdeutschen Wirtschaft begründet. Doch spiegeln gesamtwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) lediglich die nachteilige ostdeutsche Wirtschafts-

und Unternehmensgrößenstruktur wider. Berücksichtigt man diese Aspekte, dann führen ostdeutsche Unternehmen häufiger und mit einer höheren Intensität FuE durch als westdeutsche Firmen.

Die Autoren untersuchen empirisch, welche Bedeutung der Forschung und Entwicklung in der Industrie für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft zukommt, von welchen Einflußgrößen diese Entwicklung abhängt und welche Herausforderungen an die Technologiepolitik gestellt werden. In alternativen Szenarien wird der künftige Bestand an FuE-Personal in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands geschätzt.

Die Autoren sind ausgewiesene Experten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, der Prognos AG, Basel, der Sozialökonomischen Strukturanalysen GmbH, Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Viktor Steiner et al.

Strukturanalyse der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern

Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1998
(ZEW-Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 30)

Im Zuge des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern haben auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gravierende strukturelle Änderungen stattgefunden. In dieser Studie wird die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern seit der Wende analysiert, wobei die Interdependenzen zwischen der unternehmensspezifischen Beschäftigungsentwicklung, der Mobilität sowie der Qualifikations- und Lohnstruktur berücksichtigt werden.

Die Wachstumsdynamik von Unternehmen hängt maßgeblich von der Unternehmensgröße, dem Alter, der Beteiligungsstruktur und der Rechtsform ab. Ebenso wie in Westdeutschland steigt die Weiterbildungsaktivität mit dem Niveau der beruflichen Erstausbildung und sinkt im Alter deutlich ab.

Der Erfolg von Qualifizierungsmaß-

nahmen wurde auf Grundlage bereits vorliegender mikroökonomischer Studien evaluiert, wobei keine eindeutig positiven Effekte festgestellt werden konnten. Die Analyse von Lohn- und Tarifstruktur zeigt, daß untertarifliche Entlohnung zwar weit verbreitet ist, die Tarifverträge aber trotz massiver Verbandsflucht bei der Entlohnung von relativ großer Bedeutung sind. Außerdem gleicht sich die ostdeutsche Lohnstruktur großteils an jene in Westdeutschland an.

Die Verfasser sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Friedhelm Pfeiffer/Winfried Pohlmeier (Hrsg.)

Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg

Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1998
(ZEW-Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 31)

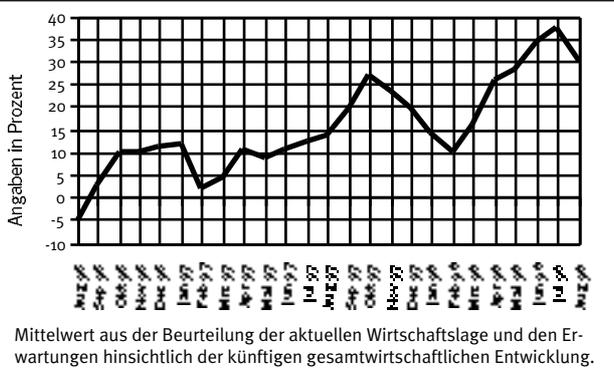
Angesichts knapper werdender öffentlicher Haushaltsmittel wird es für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik notwendig sein, Qualitäts- und Effizienzgesichtspunkte stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Autoren untersuchen mit Hilfe von neueren quantitativen Methoden den Zusammenhang zwischen der Art der Qualifizierung und dem Arbeitsmarkterfolg.

So kann z. B. gezeigt werden, daß innerbetriebliche Qualifizierungsmaßnahmen mehr zur Sicherheit des Arbeitsplatzes beitragen als staatlich geförderte Programme. Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen nutzen Arbeitslosen oft zwar kurzfristig, längerfristig ist der Beschäftigungseffekt empirisch aber nicht sicher. Lebenslanges Lernen zahlt sich aber grundsätzlich in Form von höherem Einkommen aus. Eine qualitativ hochwertige Erstausbildung kann im allgemeinen jedoch nur in begrenztem Maße durch Weiterbildung ersetzt werden.

Die Autoren – Ökonomen, Ökonometriker und Soziologen – sind in ihrem Fach ausgewiesene Experten.

Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest Konjunkturklima

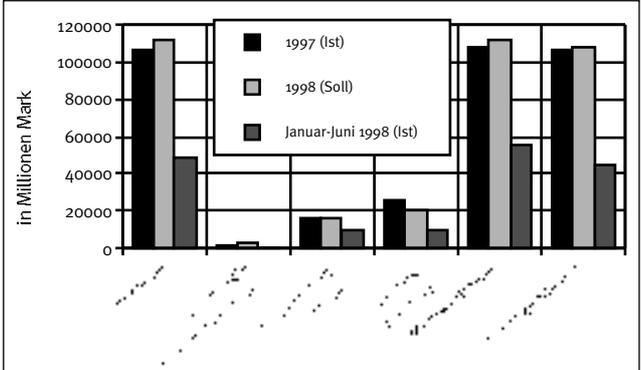


Quelle: ZEW

Die Experten sehen die konjunkturelle Entwicklung skeptischer. Das ZEW-Konjunkturbarometer konnte den Aufwärtstrend der letzten Monate nicht fortsetzen. Es steht aktuell bei 30,3 Punkten nach noch 37,6 Punkten im Juli. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird von den Experten im August pessimistischer gesehen. Im Würgegriff von Asien- und Rußlandkrise bleibt der deutschen Wirtschaft weniger Luft, die optimistischen Wachstumsprognosen zu erfüllen. Nach noch 70 Prozent im Juni sind im August lediglich noch 60 Prozent der Befragten von einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage überzeugt.

Robert Dornau, 0621/1235-141

Steuereinnahmen des Bundes

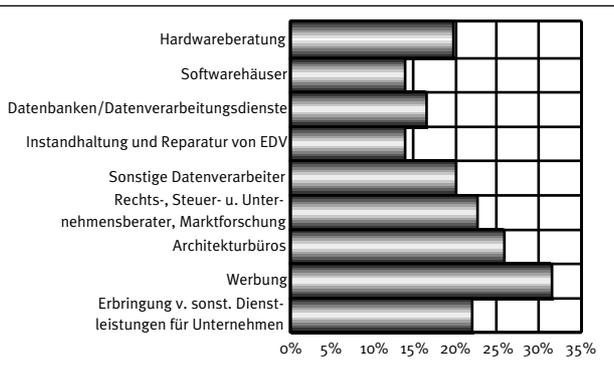


Quelle: Deutsche Bundesbank und ZEW

Die geplanten und die im ersten Halbjahr eingegangenen Steuern zeigen sich für das Jahr 1998 weitgehend ausgewogen. Zur Jahresmitte sind für die meisten Steuerarten fünfzig Prozent der geplanten Einnahmen realisiert. Ausnahmen bilden die Körperschaftsteuer und die Veranlagte Einkommensteuer. Die positive Entwicklung bei der Körperschaftssteuer ist Ausdruck der seit dem vergangenen Jahr gestiegenen Ertragslage der Unternehmen. Bei der Veranlagten Einkommensteuer übersteigen die Rückzahlungen bereits im zweiten Jahr in Folge die Einnahmen. Dies liegt nach wie vor an den Auswirkungen der zum Teil abgeschafften Sonderregelungen und Abschreibungsmöglichkeiten.

Fred Ramb, 0621/1235-165

Hohe Selbständigenquote in neuen Dienstleistungsbranchen

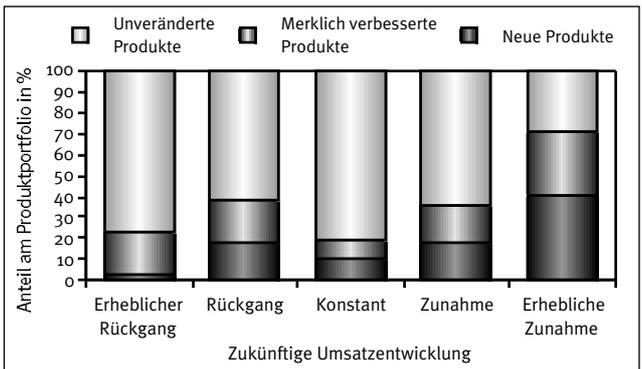


Quelle: 70-%ige Stichprobe des Mikrozensus 1995, eigene ZEW-Berechnungen

Die in den neunziger Jahren beobachtete Zunahme der Selbständigkeit ist auch eine Folge des Strukturwandels vom sekundären zum tertiären Sektor. Die Expansion des Dienstleistungssektors, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, führt zu einer höheren Selbständigenquote. In den meisten Branchen der in den letzten Jahren stark expandierenden unternehmensbezogenen Dienstleistungen liegt die Selbständigenquote oberhalb der gesamtwirtschaftlichen Quote von etwa zehn Prozent. So ist beispielsweise etwa jeder vierte Architekt selbständig. Bei Werbeagenturen geht jeder Dritte den Weg in die Selbständigkeit.

Dr. Friedhelm Pfeiffer, 0621/1235-150

Chemische Industrie Produktinnovationen und Umsatzerwartungen



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Befragung 1997

Immer kürzer werdende Produktlebenszyklen zwingen auch die innovationsfreudige Chemiebranche, mit neuen bzw. stark verbesserten Produkten auf den Markt zu kommen. Ein hoher Anteil neuer Produkte an der Produktpalette spiegelt sich unmittelbar in den Umsatzerwartungen wider. Chemieunternehmen, die bis 1999 erhebliche Umsatzzuwächse erwarten, bestreiten durchschnittlich zu mehr als 40 Prozent ihrer Umsätze mit derartigen Produkten. Erhebliche Umsatzrückgänge erwarten hingegen die Unternehmen, die ihr Geschäft zu 77 Prozent mit unveränderten und zu lediglich drei Prozent mit neuen Produkten bestreiten.

Dr. Thomas Cleff, 0621/1235-233



Wachstum und Konjunktur

Die beiden Begriffe „Wachstum“ und „Konjunktur“ werden in der Öffentlichkeit häufig nicht klar genug unterschieden. Dies kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, daß eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts ohne Umschweife als Wachstum der betreffenden Volkswirtschaft bezeichnet wird, obwohl es sich auch um ein eher konjunkturell bedingtes Phänomen handeln könnte. Beide Aspekte unterscheiden sich nicht bloß semantisch, sondern kennzeichnen unter anderem verschiedene wirtschaftspolitische Aufgabenstellungen.

Andererseits – und dies macht die Unterscheidung so schwierig – sind Wachstum und Konjunktur nicht voneinander unabhängig.

Mit Wachstum sollte man zweckmäßigerweise die Zunahme des Produktionspotentials bezeichnen. Dieses reflektiert das Sozialprodukt, das bei Vollausslastung aller Kapazitäten erstellt werden kann. Mit dem Produktionspotential wird mithin die Angebotsseite einer Volkswirtschaft ins Blickfeld genommen. Das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt kann das Produktionspotential nicht überschreiten, sondern liegt beispielsweise in Zeiten rezessiver wirtschaftlicher Entwicklungen mehr oder weniger darunter. Im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung hingegen spiegelt der Quotient zwischen tatsächlichem und potentielltem Bruttoinlandsprodukt den Auslastungsgrad des Produktionspotentials wider, zeigt also, in welchem Umfang das Produktionspotential von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage genutzt wird.

Der Konjunkturverlauf kann somit anhand der Schwankungen dieses Kapazitätsauslastungsgrads beschrieben und analysiert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland war in den vergangenen Jahren sowohl durch eine Wachstumsschwäche als auch durch niedrige Kapazitätsauslastungsgrade gekennzeichnet.

Bei der Umsetzung dieses konzeptionellen Unterschieds zwischen Wachstum und Konjunktur in die Praxis der empirischen Wirtschaftsbeobachtung und -analyse ergeben sich indessen einige Probleme. Das Produktionspotential läßt sich nicht unmittelbar erheben, sondern es kann mit Hilfe statistischer Verfahren lediglich geschätzt werden. Hierbei gibt es verschiedene methodische Ansätze, die sich hauptsächlich darin unterscheiden, welche Kapazitäten bei der Berechnung des Produktionspotentials berücksichtigt werden sollen - das Potential von Arbeitskräften und Sachanlagen (Maschinen, Gebäude), nur die Sachanlagen oder noch weitere Produktionsfaktoren?

An sich läge es nahe, sowohl Arbeit als auch Sachkapital in die Berechnungen einzubeziehen, jedoch müßten im Hinblick auf das „Potential“ beim Faktor Arbeit zahlreiche und teilweise willkürliche Annahmen getroffen werden. Wie hoch ist beispielsweise der Anteil tatsächlich vermittelbarer Arbeitsloser, wie verhält es sich mit den Arbeitszeitwünschen der Erwerbspersonen wirklich und auf welchen Wert beläuft sich die Arbeitsproduktivität von Arbeitslosen? Deshalb beruhen einige Schätzungen des Produktionspotentials nur auf der Basis der Sachkapazitäten, die allerdings auch nicht ganz problemlos zu ermitteln sind.

Daß Wachstum und Konjunktur nicht unabhängig voneinander sind, läßt sich leicht an der Bedeutung der Investitionstätigkeit für den Wachstums- und Konjunkturverlauf aufzeigen. Durch Investitionen zusätzlich geschaffene Kapazitäten erhöhen das Produktionspotential und stimulieren damit das Wachstum. Gleichzeitig stellen Investitionen eine wichtige Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und somit der konjunkturellen Entwicklung dar.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail mueller@zew.de,
Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher